

# Blaue Post

NR. 12

ZEITUNG DER AFD-FRAKTION SACHSEN

KOSTENLOS



## Aus dem Inhalt

Seite 2

**Tschüss, Spange**

Seite 4

**Gut ausgebildete Flüchtlinge?**

Seite 5

**DDR-Dissidenten im Konsens mit der AfD**

Seite 6

**Erhalt von Geburtensstationen**

Seite 8

**Der Blaue Brief**

## Wir treiben die Altparteien 2018 weiter vor uns her!

Dieses Jahr, 2018, wird für die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag – und für unsere Partei in Sachsen – eines der spannendsten seit der AfD-Gründung vor fünf Jahren, am 6. Februar 2013, überhaupt. Ziehen wir zu den Wahlen im Herbst in die Landtage von Hessen und Bayern ein, sind wir flächendeckend in ALLEN deutschen Landtagen präsent. Die AfD-Fraktion Sachsen bietet den Debütanten in Sachen parlamentarische Arbeit bereits jetzt an, auf unsere über drei Jahre gesammelten Erfahrungen zurückzugreifen. Es steht außer Frage, dass die Altparteien auch in diesen Bundesländern versuchen werden, mit politischen Taschenspielertricks einen erfolgreichen Start zu verhindern, zu blockieren und zu diffamieren.

Noch nie ist es einer neuen Partei gelungen, mit dieser Wucht und dieser Geschwindigkeit in nunmehr 16 Landtage einzuziehen. Im Deutschen Bundestag haben wir einen furiosen Start hingelegt. Qualifizierte Anträge, Redebeiträge und nicht zuletzt die Disziplin unserer 92 Vertreter im Reichstag treiben dem Kartell der Konsens-Fraktionen den Angstschweiß auf die Stirn. Mit einem



Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender

Mal füllen sich auch die Parlamentsreihen wieder. Ein Verdienst der AfD.

Unsere Fraktion im Sächsischen Landtag wird ihre Arbeit weiterhin konzentriert, konsequent und leidenschaftlich fortführen. Die CDU-SPD-Regierung hat unser Land heruntergewirtschaftet. In ländlichen Regionen herrscht Ärztemangel, Läden schließen, die Infrastruktur bröckelt. In ganz Sachsen ist die Polizei ausgedünnt, ausgebrannt und kaum mehr in der Lage, die Innere Sicherheit zu gewährleisten. Lehrermangel führt zu flächendeckendem Stundenausfall, Gefängnisse sind überfüllt, der Braunkohle droht das Aus – genauso wie mehreren Großbetrieben in den strukturschwachen Regionen. Wir versprechen Ihnen, dass sich die AfD-Fraktion weiter für die Abschaffung der Rundfunkgebühren, des Handelsembargos gegen Russland und die Aussetzung des Familiennachzuges von Asylbewerbern einsetzt. Frei nach dem Motto: „Steter Tropfen höhlt den Stein“ werden wir CDU, SPD, Linke und die Grünen vor uns hertreiben. Bitte unterstützen Sie uns dabei.

*Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender*

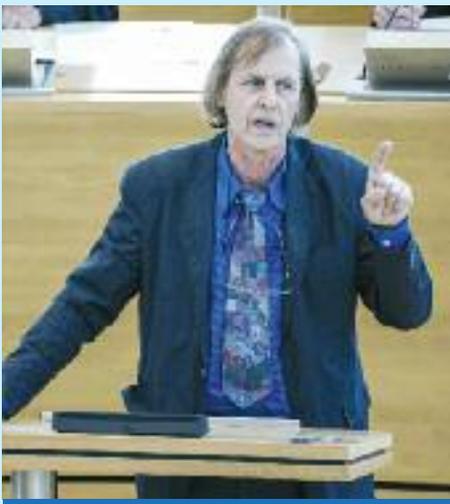
# Kennenlertreffen

Was 2014 mit unserem Einzug in den Landtag begann, wurde 2017 durch den Einzug unserer sächsischen Abgeordneten im Bundestag gekrönt. Kurz vor Weihnachten trafen sich die sächsischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten zu einem Kennlertreffen. Zukünftig werden die Abgeordneten eng zusammenarbeiten und sich in vielen Bereichen austauschen. Von unserer dreijährigen parlamentarischen Erfahrung können nun auch unsere Bundestagsabgeordneten profitieren.

*MdL André Barth*



alle sächsischen AfD-Landtags- und Bundestagsabgeordneten



MdB Detlev Spangenberg

## Tschüss, Spange!

Zum Januar verließ uns ein markantes Gesicht der Fraktion, MdL Detlev Spangenberg arbeitet nun für die Positionen der AfD im Reichstag in Berlin. Der parlamentarische Geschäftsführer der sächsischen Landtagsfraktion, André Barth erklärt dazu: „Wir verlieren mit Detlev Spangenberg, den Freunde und Kollegen fast ausschließlich ‚Spange‘ nannten, in der Fraktion einen unglaublich lebensfrohen und klugen Politiker. Unvergessen seine Redebeiträge, wie die zum sächsischen

Schützenwesen, mit denen er vor allem die Grünen zu Weißglut, viele andere aber zum Lachen brachte. Er führte die Gutmenschen am rhetorischen Nasenring durch die Arena und hielt ihnen ihre politische Verbissenheit plastisch vor. Detlev Spangenberg wird uns in der parlamentarischen Arbeit im Sächsischen Landtag fehlen. Aber er ist ja nicht weg, sondern vertritt uns würdig in Berlin. Tschüss, Spange!“

*MdL André Barth*

## Willkommen, Dr. Weigand!

Dr.-Ing Rolf Weigand aus Großschirma bei Freiberg zieht nun neu in den Sächsischen Landtag ein. Der heute 33 Jahre alte promovierte Ingenieur war im Jahr 2014 auf die AfD-Landesliste gewählt worden und rückt nach dem Wechsel von Detlev Spangenberg in den Landtag nach. Weigand ist verheiratet und hat zwei Kinder. Derzeit arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Bergakademie Freiberg, an der er 2013 auch promovierte und als Geschäftsführer des Unternehmens Ancorro, das aus der Technischen Universität ausgegründet worden ist. Der AfD-Politiker will

sich besonders für Familien und die Zukunft unserer Kinder stark machen, sagt er der Freien Presse. Dazu erklärt André Barth: „Wir freuen uns auf unseren neuen Kollegen. Seine Schwerpunkthemen sind, den ländliche Raum zu stärken, Schulstandorte zu erhalten und den Lehrermangel zu beenden.“ Weigand in der Freien Presse: „Es wird endlich Zeit, dass wir Erzieher und Lehrer entlasten sowie strken.ì Dafür seien mehr Personal und eine bessere Entlohnung nötig.“

*MdL André Barth*



MdL Dr. Rolf Weigand

# Letzter CDU-Ministerpräsident in Sachsen gewählt?



MdL Jörg Urban überreicht Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) ein symbolisches Netzkabel

Seit dem 13. Dezember 2017 hat Sachsen einen neuen Ministerpräsidenten. Michael Kretschmer wurde von einem genervt aufgebenden Stanislaw Tillich auf den Thron gesetzt.

Mit Blick auf die Landtagswahlen 2019 versucht die sächsische CDU so zu retten, was nicht mehr zu retten ist. Die letzten Bundestagswahlergebnisse in Sachsen zeigen, wie verzweifelt der Kampf der Christdemokraten gegen die AfD ist. Nun soll es einer richten, der sein Direktmandat gegen AfD Mann Tino Chrupalla im Landkreis Görlitz verlor – so schauen „Hoffnungsträger“ bei der CDU aus. Das durchwachsene Wahlergebnis zum neuen Ministerpräsidenten zeigt aber auch, wie wenig Rückhalt Herr Kretschmer im Landtag hat. Lediglich 69 von insgesamt 126 Abgeordneten wählten ihn. Und dass, obwohl die Regierungskoalition über 77 Mandate verfügt.



Nach der krachenden CDU-Niederlage gibt Kretschmer nun vor, Themen aufzugreifen, die schon seit dem Einzug der AfD in den sächsischen Landtag debattiert werden. Sachsens neuer Ministerpräsident war stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion. In dieser Funktion hat er allen für Deutschland so fatalen Entscheidungen der Merkel-Regierung zugestimmt. Ob nun ausgerechnet er den Linkskurs der CDU beendet, ist mehr als fraglich.

Wie CDU Politik aussieht, zeigen symbolisch die Personalmauscheleien. Kultusminister Frank Haubitz war grundlos bereits nach 6 Wochen seinen Job los. Die AfD Fraktion überreichte zur Amtseinführung ein symbolisches Netzkabel. Dies ist eine tägliche Mahnung für seinen Schreibtisch, endlich den dringend benötigten Breitbandausbau in Sachsen zu forcieren und den Freistaat auf diesem Gebiet von seinem Dritte Welt Niveau zu holen.

Die CDU hat es in den letzten Jahren verpasst, auf die Veränderungen in Sachsen zukunftsorientiert zu reagieren. Anstatt

Lehrer und Polizisten einzustellen, wurden Stellen massiv gekürzt. Der ländliche Raum wurde vernachlässigt, im öffentlichen Nahverkehr wurden Busse und Bahnlinien wegrationalisiert. Alles zu Lasten der heimischen Bevölkerung, die auch noch die verfehlte Flüchtlingspolitik der Altparteien bezahlen muss. Dafür steht die sächsische CDU, nun mit ihrem neuen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer.

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender



# Sie kennen die „Geschichte vom gut ausgebildeten Flüchtling“?



Nein? Wie auch, drei Jahre Asyl-Krise haben diese Geschichte endgültig als Märchen entlarvt. Trotzdem versuchen die etablierten Altparteien und Medien uns weiterhin diese Geschichte einzureden.

Als die Masseneinwanderung über Deutschland hereinbrach, herrschte Euphorie im politisch-medialen Komplex. „Was die Flüchtlinge uns bringen, ist wertvoller als Gold“ schwadronierte SPD-Chef Schulz. Mercedes-Chef Zetsche ging von „einer Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder“ aus.

Die Realität schaut anders aus. Die meisten Asylbewerber aus den überwiegend muslimischen Ländern haben kaum Bildung oder sind Analphabeten. Laut sächsischer Arbeitsagentur wurden im letzten Jahr nur magere 1.200 Asylbewerber im Freistaat in sozialversicherungspflichtigen Jobs untergebracht. Vermutlich arbeitet ein Großteil nicht einmal im produktiven Bereich, sondern in der staatlich geförderten Asylindustrie als Dolmetscher oder ‚Integrationshelfer‘.

Nur rund zehn Prozent seien pro Jahr vermittelbar, gab der Chef der sächsischen Arbeitsagentur in den „Dresdner Neueste Nachrichten“ Ende 2017 zu. Um die Hälfte der Asylbewerber in Lohn und Brot zu bringen, bräuchte die Agentur mindestens fünf weitere Jahre.

Die Auswirkungen für die Sozialsysteme sind dramatisch: Mitte 2017 lebten bereits deutschlandweit 600.000 Asylbewerber von Hartz IV-Leistungen. Eine massive Überlastung der sozialen Sicherungssysteme ist vorprogrammiert. Der Ökonom Bernd Raffelhüschen hatte bereits vor zwei Jahren ausgerechnet, dass bei einer nötigen Arbeitsmarktintegration von sechs Jahren Folgekosten von bis zu 900 Milliarden Euro entstehen.

Nur die AfD-Fraktion warnte vor dieser Masseneinwanderung in die Sozialsysteme und wurde von Altparteien und vielen Medien als fremdenfeindliche Rassisten beschimpft. Wenn die Asylpolitik aber nicht geändert wird, droht Deutschland der Niedergang aufgrund eines Heeres arbeitsloser und kulturfremder Migranten.

*MdL Mario Beger*



MdL Silke Grimm

## Wir haben kein Problem mit den Medien, eher umgekehrt

rin der AfD Silke Grimm. Sie wurde einfach „vergessen“. Diese bewusste Ausgrenzung durch die SZ passierte der AfD nicht das erste Mal.

**Frau Grimm, wie erklären Sie sich den „Aussetzer“ der SZ?**

Die Kommission tagte zweieinhalb Jahre insgesamt über 30 Mal. Ich war fast immer anwesend, im Gegensatz zu anderen Politikern, die nun bei der SZ zu Wort kommen. Als stärkste politische Kraft in Sachsen von einem selbsternannten ‚Qualitätsmedium‘ totgeschwiegen zu werden, ist nicht nur unprofessionell und undemokratisch, sondern einfach schäbig.

**Wie bewerten Sie die Abschlussbericht?**

Die AfD-Fraktion sieht die bestehenden Probleme beim derzeitigen ÖPNV vor allem im ländlichen Raum und besonders in den Ferien und am Wochenende. Der Abschlussbericht ist gut und hat Handlungsempfehlungen im Gepäck, die jetzt auf Umsetzung warten!

**Was muss ihrer Meinung dringend geändert werden?**

Eine Koordinierungsstelle ist notwendig, um die Interessen von Land und kommunaler Ebene auf einen Nenner zu bringen. Ich hoffe, dass 2018 begonnen wird, einen Teil der Empfehlungen umzusetzen. Es darf nicht noch mehr Zeit vergehen, bis endlich gehandelt wird.

**Was wünschen Sie sich von der SZ im Umgang mit der AfD?**

In Zukunft hoffe ich auf mehr Fairness durch die Sächsische Zeitung, auch wenn die Leser wahrscheinlich kaum neutrale Berichterstattung erwarten können, da große Teile des Unternehmens der SPD gehören. Wenn die SZ allerdings dauerhaft gegen ihre Leser schreibt, wird sie wohl wirtschaftliche Schwierigkeiten bekommen. Immerhin haben in ihrem Verbreitungsgebiet über 30 % der Bürger AfD gewählt.“

**Vielen Dank für das Gespräch.**

Die Sächsische Zeitung veröffentlichte einen großen Artikel über die Strategiekommission zum ÖPNV. Alle Parteien im Landtag wurden zu ihrer Einschätzung gefragt, außer die verkehrspolitische Sprecher-

# DDR-Dissidenten im Konsens mit der AfD



Vera Lengsfeld als Gutachterin zu Gast im Sächsischen Landtag auf Einladung der AfD-Fraktion



MdL Mario Beger

Es verwundert mich nicht, dass die meisten der ehemaligen Freiheitskämpfer der vermisteten DDR heute oft politisch an der Seite der AfD stehen. Einige sind zwar noch in der CDU haben allerdings inhaltlich mit dem Merkel-Imperium, ihren Lügen – wie bei der Maut und Multikulti sei gescheitert – abgeschlossen. Siegmund Faust, Werner Molik, Angelika Barbe, Michael Beleites, Arnold Vaatz, Steffen Heitmann, Vera Lengsfeld, um nur einige Namen zu nennen.

„Der Spiegel“ hatte zuletzt einen umfangreichen Bericht darüber gebracht. Verwunderlich für das sonst ultralinke Kampfblatt, aber dieser Bericht war gut. Zeigt er doch im Grunde auf, dass kritische Geister von einst sich auch heute nicht jeden ideologischen Senf eintrichtern lassen, den die Regierungsmarionetten aller Parteien zu verabreichen versuchen. So ist für Siegmund Faust der Islam der „pure Hass“. Ja, was denn sonst!? Für Werner Molik sind die Medien „gleichgeschaltet wie in der DDR“. Hat er nicht Recht? Natürlich hat er! Angelika Barbe erklärte, dass es ihr unerklärlich sei, „dass die CDU den rassistischen islamischen Faschismus nicht bekämpft, sondern hofiert“. Wohlge-merkt Barbe ist nach wie vor in der CDU.

Genauso wie Arnold Vaatz, der laut dem Spiegel-Report den Westen nicht mehr ernst nimmt. Als Beispiele sind die Hysterie zum Waldsterben aufgeführt, die falschen Prognosen zur Wiedervereinigung, das „Gesalbadere der 68er“. Vaatz verfasst zudem Aufsätze gegen die abstruse, ideologische und für die Bürger immer teurere Energie-wende. Steffen Heitmann trat im Gegensatz zu Barbe und Vaatz aus der CDU aus. Immerhin war er mal Kandidat für das Amt den

Bundespräsidenten – und wurde daraufhin ob seiner nicht vorhandenen Konformität von den Medien regelrecht hingerichtet. Von der Morgenpost sogar mit einer eigens gefertigten Gesichtsknochenanalyse wie bei einem Arier-test der Nazis. 2015 trat er aus Protest gegen Merkels Asylchaos aus dieser Partei aus. Vera Lengsfeld machte jüngst für die AfD-Wahlkampf und Michael Beleites hält politische Vorträge bei Burschenschaften und am Institut für Staatspolitik.

Was sagt es darüber aus, dass einstige Freiheitskämpfer der DDR heute erneut mit einem System gebrochen zu haben scheinen, welches vorgibt, das freieste Deutschland zu sein, das es jemals gab? Die Antwort ist einfach: Wer Netzwerke nach unliebsamen Meinungen durchsuchen lässt, wer Grenzen öffnet ohne Volk und Parlament zu fragen, wer Kunstwährungen einführt – ebenfalls ohne Volkentscheid, wer Islamisten huldigt und gewähren lässt, wer die Landschaft mit Windrädern verschandelt, die Natur zerstört, um den Bürgern Geld für überbezahlten Strom aus der Tasche zu ziehen, wer jeden unkontrolliert ins Land einreisen lässt, wer politisch Andersdenkende als Pack oder Nazischlampe bezeichnet, wer Nachrichten nach der politischen Korrektheit selektiert und verbiegt, wer die östlichen Nachbarstaaten verunglimpft und dafür einen französischen EU-Zentralisten und Geldvernichter huldigt – der hat das Recht verwirkt, sich einen freien Staat nennen zu dürfen. Dies alles zu ändern ist Aufgabe der AfD. Viele Freiheitskämpfer von einst haben das verstanden!

*MdL Mario Beger\**

\* 18 Monate Haft wegen versuchter „Republikflucht“

## Veranstaltungstipp der AfD-Fraktion

### Bürgergespräch zur Landespolitik

mit Jörg Urban und Carsten Hütter in  
**Chemnitz**

8. Februar 2018, 19.00 Uhr  
Restaurant Platner Hof  
Platnerstraße 34  
09119 Chemnitz

#### Kontakt:

Friederike.Feldmann@slt.sachsen.de  
Telefon: 0351/493-4231

## Besuchen Sie uns hier:



[www.afd-fraktion-sachsen.de](http://www.afd-fraktion-sachsen.de)

[www.twitter.com/AfD\\_SLT](https://www.twitter.com/AfD_SLT)

[facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen](https://facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen)

**Youtube:**

**AFD Fraktion im Sächsischen Landtag**

# Kampf um den Erhalt von Geburtensstationen



Gemeinsam setzen sich der Bautzner AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse und der sozialpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, André Wendt, gegen die geplante Schließung der Geburtensstation im Klinikum Bischofswerda ein. MdB Karsten Hilse: „Es ist wichtig, dass die Arbeit auf der Entbindungsstation weitergeführt

wird. Dazu fanden Gespräche mit der Klinikleitung statt. Jetzt arbeiten wir daran, die Station dauerhaft zu erhalten. Sehr positive Gespräche diesbezüglich gab es bereits ebenfalls.“

André Wendt, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag: „Den Niedergang im ländlichen Raum zu stoppen, ist erklärtes Ziel der AfD-Fraktion. Erst vor wenigen Tagen hat meine Fraktion angekündigt, im sächsischen Landtag einen Antrag einzubringen mit dem Ziel, parteiübergreifend nach neuen Lösungswegen zu suchen. Die bisherige Förderpolitik der Regierung hat zu wenig bewirkt, es herrschen Lehr- und – wie in diesem Fall – Ärztemangel. Diese fatale Entwicklung gilt es so schnell wie möglich zu stoppen und einen Gegen-trend einzuleiten.“ *MdL André Wendt*



MdL André Wendt

# Rundfunk-Zwangsabgabe: Prüfer fordern Gebührensenkung



MdL Karin Wilke

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk fordert einen immer höheren Finanzbedarf an. Ohne dass ein qualitativer Mehrwert erkennbar ist. Dazu erklärte Karin Wilke, medienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion: „Der zwangsfinanzierte Staatsfunk wurstelt weiter wie eh

und je: Dank Rundfunkabgabe sprudeln die Einnahmen und die Ministerpräsidenten der Altparteien sperren sich gegen Gebührensenkungen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss endlich wieder auf seine gesetzliche Kernaufgabe zurechtgestutzt werden, die Bürger mit den wichtigsten Fakten und Nachrichten ideologiefrei zu informieren. Bereits hier krankt der Staatsfunk, welcher viel zu oft unkritisch zum Propaganda-Sprachrohr der Regierung wird. Dies belegt eine Untersuchung des Medienwissenschaftlers Prof. Haller.

Zudem können nicht immer neue Telenovelas, Musik-Shows, millionenteure Sportveranstaltungen, Spartenkanäle und Online-Angebote per Zwangsabgabe finanziert werden. Die AfD-Fraktion hatte bereits Vorschläge erarbeitet, wie der Medienmoloch verschlankt, bezahlbar und politisch neutral gestaltet werden kann.“

*MdL Karin Wilke*



# CDU heißt: Rechts blinken, links abbiegen!



MdB Sebastian Wippel

Bei der Bundestagswahl gab es für die Union eine herbe Klatsche zu verkraften. Die Orientierungslosigkeit der Merkel-Partei sorgte in Sachsen dafür, dass die AfD erstmals stärkste Kraft in einem Bundesland wurde.

Die einst so stolze „sächsische Union“ empfand dies als Demütigung, tauschte rasch ihr Personal aus und arbeitet seitdem an einer konservativen Wende. Doch wie glaubwürdig ist dieser Kurswechsel?

Ende des letzten Jahres versuchte ihn etwa der inzwischen vom Hof gejagte Innenminister Markus Ulbig zu unterstreichen. Zusammen mit Bayern schlug er vor der Innenministerkonferenz in Leipzig vor, wieder nach Syrien abzuschieben. Letztendlich beschlossen wurde dann aber eine Verlängerung des Abschiebestopps. Die Unionsparteien CDU/CSU haben also einmal mehr rechts geblinkt und sind dann trotzdem links mit der SPD abgelenkt. Die Bevölkerung wird mit solchen Manövern getäuscht und für dumm verkauft. Ich empfinde diese Taktik als unerhört.

Wenn die CDU wirklich die Politik der Masseneinwanderung beenden wollte, würde sie nicht erneut eine Große Koalition im Bund anstreben. Um aber die konservativen Wähler nicht ganz zu verschrecken, setzt man auf die Taktik: Im Bund linke Politik machen

und die Landesfürsten gelegentlich rechts blinken lassen. Das ist aber Betrug und eine unehrliche Vorgehensweise.

Es bleibt deshalb dabei: Einzig die AfD setzt sich dafür ein, wieder diplomatische Beziehungen zu Syrien und damit dem legitimen Präsidenten Assad aufzunehmen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir zum einen nach Syrien abschieben können. Zum anderen ist es an der Zeit über praktikable Wege nachzudenken, wie die derzeit in Deutschland lebenden Flüchtlinge in die wieder befriedeten Teile ihres Landes zurückkehren können.

Die etablierten Parteien haben es derweil nicht geschafft, die Ausreisepflichtigen außer Landes zu bringen. Im zweiten und dritten Quartal 2017 schlugen im Freistaat Sachsen erstmals mehr Abschiebungen fehl als vollzogen werden konnten. Erfolgreich waren in dem Zeitraum 440 Abschiebungen. 544 Ausreisepflichtige konnten sich der angeordneten Maßnahme entziehen. So schaut leider die real existierende Praxis der „CDU-Hardliner“ aus. *MdB Sebastian Wippel*



MdB Carsten Hütter

## Konserven- und Taschenlampen-Sammler geraten ins Visier der Innenminister

Die deutschen Innenminister wollen offenbar die so genannte Prepper-Szene beobachten lassen. Das berichtete das Redaktionsnetzwerk Deutschland im Zuge der Innenministerkonferenz in Leipzig. Dieser Antrag wird von Union und SPD gemeinsam unterstützt. Ähnlich wie bei den Reichsbürgern wollten die Innenminister in Erfahrung bringen, inwieweit die Prepper-Szene zur Radikalisierung neigt. Der Begriff Prepper ist vom englischen „to be prepared“ (vorbereitet sein) abgeleitet. Die so gescholtenen konzentrieren sich bei ihrem „Vorbereitetsein“ vor allem auf Weltuntergangsszenarien, Naturkatastrophen, Stromausfälle oder ähnliches und legen entsprechend Vorräte an, um sich möglichst lange autark versorgen zu können.

Man stellt sich nun beängstigt die Frage, wer in den Landesregierungen und der Bundesregierung die Gefährdungsprioritäten für das deutsche Volk festlegt. Während tausende nicht registrierte Islamisten, darunter auch IS-Terroristen, unerkannt durch Deutschland

marodieren, sollen nun ein paar Konserven- und Taschenlampen-Sammler vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Angeblich hätten diese Schnittmengen mit Reichsbürgern und würden sich untereinander vernetzen. Eine entscheidende Frage ist: Wie sollen so genannte ‚Prepper‘ ausfindig gemacht werden? Durch Kontrolleure an der Supermarkt-Kasse? Und ab wann ist man eigentlich ‚Prepper‘? Ab vier oder fünf Konservendosen auf dem Kassensband? Wird es unangemeldete Keller- oder Kammerkontrollen in Wohnungen geben, bei denen Bürger ihre Vorräte zeigen sollen? Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe selbst rät öffentlich dazu, einen Vorrat an Lebensmitteln und Getränken für zwei Wochen anzulegen und u. a. die Anschaffung von Campingkochern. Ich bin der Auffassung, dass es drängendere, sicherheitspolitische Probleme in Sachsen und ganz Deutschland gibt.

*MdB Carsten Hütter*

# Der Blaue Brief



## Mutig? Ja – aber erst nach Dienstschluss ...

„Deutschland ist innerhalb Europas das gelobte Land für Asylbewerber und Migranten“, sagt Ex-Geheimdienstler, BND-Chef, August Hanning in einem Interview mit der „Bild“. Wenn sich nicht bald die Sicherheitsarchitektur ändere, drohe es „künftig sehr ungemütlich zu werden.“ Des Weiteren beklagt er, dass es die wichtigste Maßnahme sei, die Kontrolle über die deutschen Grenzen zurückzugewinnen. Eine Integration sei nicht möglich. Denn: Wir „importieren islamistischen Extremismus, arabischen Antisemitismus, nationale und ethnische Konflikte anderer Völker sowie ein anderes Rechts- und Gesellschaftsverständnis.“ So weit, so richtig. Nicht bekannt ist allerdings, dass Hanning solche drastischen Wort während seiner Dienstzeit öffentlich äußerte. Ein anderes Beispiel: Der ehemalige Bundeswehr-General Gerd Schultze-Rhonhof

(65) sagt in einem Interview des „Junge Freiheit“ zur Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. „Die Verursacher saßen in den Regierungen Großbritanniens, Polens, Russlands, Amerikas und Italiens genauso wie in der deutschen Reichsregierung.“ Weitere frühere Offiziere fordern in einer Anzeige, am 8. Mai nicht nur der Befreiung der Verfolgten des NS-Regimes zu gedenken, sondern auch an die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen zu erinnern. Zu den Unterzeichnern zählt Brigadegeneral a. D. Reinhard Günzel. Schließlich kritisierte Sachsens Ex-Ministerpräsident Georg Milbradt nach „Dienstschluss“ das Euro-Krisenmanagement der EU und der Bundesregierung. Die Bundesregierung verschiebe überfällige schmerzliche Lösungen in die Zukunft, sagte Milbradt der „Freien Presse“. Zeitung. Er schlug vor, die pri-

vaten Gläubiger stärker zur Krisenbewältigung heranzuziehen. Außerdem sollten Länder, die „die dauerhaften Stabilitätskriterien nicht erfüllen und die notwendige Wettbewerbsfähigkeit nicht erreichen“, die Eurozone verlassen können. Sonst würden auch die wenigen Gesunden der grassierenden Gefahr der Ansteckung erliegen.

Was sagt uns das? Wenn heute, wie immer wieder praktiziert, vernünftige und logische Aussagen oder Gesetzesvorschläge von Politikern der Altparteien als „populistisch“, „unrealistisch“ oder falsch deklariert werden, heißt das nicht, dass sie das auch ehrlich meinen. Spätestens wenn sie ein „Ex“ vor dem Titel haben, lernen wir ihre wirkliche Meinung kennen.

*Albrecht Andreas Harlaß*

### Hinweis:

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar: [www.blaue-post.de](http://www.blaue-post.de)



Weitere aktuelle Informationen über die AfD-Sachsen erhalten Sie im wöchentlich erscheinenden Web-Magazin „AfD Sachsen Aktuell“, erhältlich über [www.afdsachsen.de](http://www.afdsachsen.de).

Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

### Folgen Sie uns auch bei:



**AfD-Fraktion Facebook**  
<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen>



**AfD-Fraktion Twitter**  
[https://twitter.com/AfD\\_SLT](https://twitter.com/AfD_SLT)



**AfD-Fraktion YouTube (Landesverband)**  
<http://bit.ly/1L9Tb1f>

[www.afd-fraktion-sachsen.de](http://www.afd-fraktion-sachsen.de)

### Impressum

Blaue Post Nr. 12  
Januar 2018

#### Herausgeber:

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag  
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Telefon: 0351 - 493-4222  
[presse@afd-fraktion-sachsen.de](mailto:presse@afd-fraktion-sachsen.de)  
[info@afd-fraktion-sachsen.de](mailto:info@afd-fraktion-sachsen.de)

#### Redaktion:

Albrecht Andreas Harlaß

#### Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Albrecht Andreas Harlaß

**Auflage:** 100.000

#### Fotonachweise:

**Fraktion:** S. 1, S. 2, S. 3, S. 4 (oben und links),  
S. 6 (oben und rechts), S. 7 (Mitte und rechts)

**Privat:** S. 5 (rechts), S. 6 (Mitte), S. 7 (links)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinngemäß zu kürzen. Jeglicher Nachdruck

von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise viermal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt

dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.